

**16. Landtag von Baden-Württemberg, 101. Sitzung**

**Donnerstag, 17. Oktober 2019, 09:30 Uhr**

## **Rede**

Vorsitzender des Arbeitskreises „Recht und Verfassung

Arnulf von Eyb MdL

### **zur Aktuellen Debatte**

## **Schutz der Religionsgemeinschaften in Baden-Württemberg**

Es gilt das gesprochene Wort.

Arnulf von Eyb MdL:

Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und sehr geehrte Kollegen!

Die Ereignisse von Halle haben uns wieder bewusstgemacht, wie verletzlich unsere Gesellschaft letztendlich ist und wie wenig es tatsächlich gelingt, einzelne Personen vor einem solchen Verbrechen zu bewahren. Dieser Anschlag ist ein widerwärtiger Angriff auf unser aller Zusammenleben, in dessen Mitte die jüdische Gemeinschaft seit Jahrhunderten einen großen

Beitrag leistet. Nur eine Tür verhinderte, dass wir heute über ein noch schlimmeres Verbrechen reden müssen.

Gegen eine solche Attacke auf die Minderheiten in unserem Land und damit auch auf unsere Gesellschaft müssen diejenigen, die Wert auf ein offenes und freies Leben legen, zusammenstehen. Klar muss jedoch auch sein: Wenn wir alle Plätze mit den höchstmöglichen Sicherheitsvorkehrungen ausstatten, an die man in diesem Zusammenhang denken kann, mag das beruhigend wirken; dennoch werden dadurch nicht alle Taten verhindert werden können. Trotz der Notwendigkeit entsprechender Sicherheitsvorkehrungen müssen wir uns doch auch die Frage stellen: Wie weit soll das eigentlich gehen? Moscheen, Kirchen, Kindergärten, Schulen, Gerichte, Parlamente, Rathäuser, Notariate, Bahnhöfe – fast an allen solchen Orten hat es bereits schwere Verbrechen gegeben. Synagogen sind besonders gefährdet.

In Halle war es wohl so, dass ein zu einem Verbrechen bereiter Mensch, als er merkte, dass ihm das geplante Blutbad nicht gelingen würde, andere ihm zufällig begegnende Personen kaltblütig ermordete. Es wird auch zukünftig nicht möglich sein, Menschen herauszufiltern, die als Einzeltäter, ohne entsprechende vorbereitende Kommunikation mit anderen, zu dem Schluss kommen, andere Menschen – aus welchen Motiven auch immer – umzubringen. Auch hier kann eine Gesellschaft nur das leisten, was leistbar ist.

Aber als Staat können wir leisten; wir können nämlich überall da, wo Menschen sich auffällig verhalten, etwas genauer hinschauen. Wo werden Konstruktionspläne heruntergeladen? In welchen Foren radikalieren sich Menschen? In welcher auffälliger Weise kleidet sich möglicherweise ein Mensch? Trägt er gegebenenfalls Statuten mit Symbolen, die auf eine entsprechende Geisteshaltung schließen lassen? Welche Musikveranstaltungen, wie sie besonders im Ausland stattfinden, besucht man, um dort auszuleben, was in Deutschland verboten ist? Auf welche szenetypischen Sprachmuster müssen wir achten?

Um alle Möglichkeiten zu nutzen, die der Staat hat, um Menschen mit einer solchen Gesinnung unter die Lupe zu nehmen, bedarf es einer erheblichen Ausweitung der personellen Ressourcen, und es bedarf auch einer Ausweitung entsprechender Möglichkeiten. Diese Ressourcen muss ein Staat zur Verfügung stellen, wenn er spürt, dass dies notwendig ist, weil sich Verbrechen dieser Art häufen.

Aber es gibt einen weiteren Zusammenhang, auf den ich hinweisen möchte: Wir werden den Eindruck nicht los, dass es einen Zusammenhang geben könnte zwischen Tätern, die sich zu schweren, politisch motivierten Straftaten hinreißen lassen, und das ihnen innewohnende Gefühl, dass es Teile der Bevölkerung, vielleicht auch eine gewisse Partei, gibt, die diese Ansichten mittragen und ein solches Verhalten möglicherweise im Stillen gutheißen.

Die Grenzen dessen, was sagbar ist, haben sich verschoben. Wir erinnern uns an die Aussage oder den Hinweis von Herrn Gauland, der sagte: Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über tausendjähriger erfolgreicher deutscher Geschichte. Wenn das nicht zu einem Klima der Gewaltbereitschaft beiträgt, dann weiß ich nicht, was man noch sagen muss. Das heißt mit anderen Worten: 6 Millionen industriell vernichtete Juden sind nach Ansicht dieses Herrn keiner Rede mehr wert.

Ein einsamer Wolf könnte sich durch das Bekenntnis Björn Höckes auf dem Kyffhäuser Treffen in Sachsen- Anhalt im Jahr 2018, als er sich bei der Wahl zwischen Schaf und Wolf für den Wolf entschied, ebenso ermutigt fühlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, derartige Äußerungen vergiften das politische Klima auf unerträgliche Art und Weise. Wir alle haben die Pflicht, dagegen zu halten, wo uns dies möglich ist. Das gilt auch für uns hier im Landtag.